

Steigende Lebenshaltungskosten: Deutsche blicken pessimistisch in die Zukunft

Hamburg, 16. Dezember 2024 – Er ist das ökonomische Stimmungsbarometer in 32 Ländern der Welt: der *Cost of Living Monitor* von Ipsos, der die Einschätzungen der Menschen inmitten einer sich verändernden Wirtschaftslandschaft einfängt. Nun liegen die Ergebnisse der 7. Auflage der Studie und damit auch die Daten zur Stimmungslage in Deutschland vor. Sowohl in Deutschland als auch weltweit zeigt sich: Obwohl die Inflation in vielen Ländern nachweislich gesunken ist, ist diese Erkenntnis in der Wahrnehmung der Menschen noch nicht angekommen.

Die Inflation sinkt, die Stimmung steigt – nicht

Statt optimistischer in die Zukunft zu blicken, was die Lebenshaltungskosten und die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2025 angeht, scheint sich ein grundsätzlicher Pessimismus in den Köpfen festgesetzt zu haben. 64 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass die Inflation – und damit die Preise – in den kommenden zwölf Monaten weiter steigen werden, das sind 11 Prozentpunkte mehr als im April 2024. Ähnlich, wenn auch etwas weniger drastisch, sieht es im weltweiten Durchschnitt aus: 65 Prozent der Befragten aus 32 Ländern erwarten für 2025 höhere Preise, ein Plus von 7 Prozentpunkten.

Etwas optimistischer fällt der Blick über das nächste Jahr hinaus aus. Immerhin 40 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass sich die Inflation nach 2025 wieder normalisiert haben wird; allerdings glaubt auch jeder Vierte (27%), dass dies in Deutschland nie wieder der Fall sein wird.

Falsche Politik und Krieg als Hauptursachen für Preissteigerungen

Preissteigerungen erwarten die Deutschen in den kommenden sechs Monaten vor allem bei Lebensmitteln (74%) sowie bei Energie (66%) und Benzin (60%). Für diese Entwicklung machen 64 Prozent der Bundesbürger die Politik der Bundesregierung verantwortlich. Etwa ebenso viele (64%) sehen den Krieg in der Ukraine als Ursache, allerdings mit abnehmender Tendenz. Dass die Lage der Weltwirtschaft die Preise in die Höhe treibt, glauben 61 Prozent der Bundesbürger. 55 Prozent der Befragten sehen in der Zuwanderung einen Preistreiber – mit steigender Tendenz.

Deutschland finanziell gespalten, wenig Optimismus für 2025

Mehr als jeder dritte Deutsche (36%) fühlt sich heute schlechter gestellt als vor der Corona-Pandemie – das entspricht in etwa dem weltweiten Durchschnitt (37%). Diese Einschätzung spiegelt den anhaltenden finanziellen Druck wider und ist in den anderen europäischen G7-Ländern Frankreich, Großbritannien und Italien sogar noch stärker ausgeprägt. Am negativsten schätzen die Türken (58%) und die Italiener (51%) ihre Situation im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit ein.

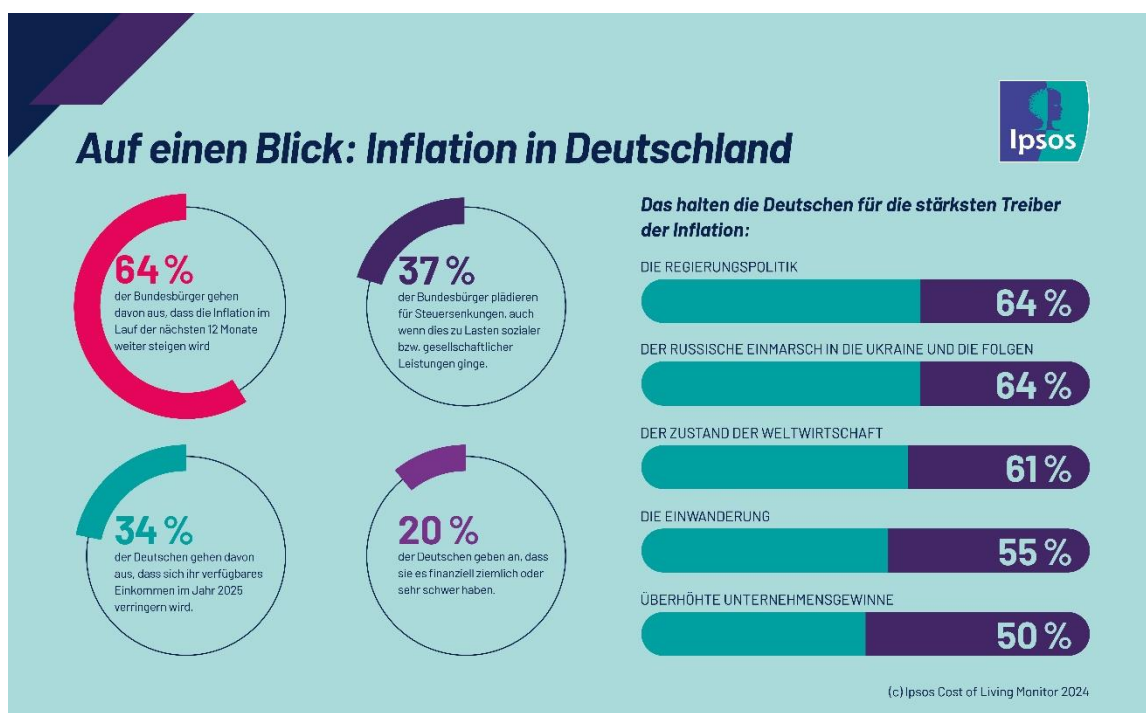
Dennoch sieht sich die Hälfte der Bundesbürger finanziell gut aufgestellt: 49 Prozent der Befragten haben nach eigenen Angaben einen komfortablen Lebensstandard oder ein gutes Auskommen. Etwa ebenso viele (49%) empfinden ihre finanzielle Situation jedoch als schwierig oder kommen „gerade so“ über die Runden.

Ebenfalls knapp die Hälfte der Deutschen (48%) geht davon aus, dass ihr Lebensstandard im kommenden Jahr auf dem jetzigen Niveau bleiben wird; jeder Vierte (27%) rechnet jedoch mit einer Verschlechterung. Und während 23 Prozent der Bundesbürger glauben, dass ihr verfügbares Einkommen im Jahr 2025 steigen wird, geht ein Drittel der Bevölkerung (34%) vom Gegenteil aus.

Lieber weniger Steuern als höhere Staatsausgaben

Eine Mehrheit der Deutschen (57%) erwartet, dass die Steuern im kommenden Jahr steigen werden. Grundsätzlich ist der Wunsch nach Steuersenkungen zu Lasten der Staatsausgaben weltweit stark verbreitet. In Deutschland plädieren 37 Prozent der Befragten für Steuersenkungen – auch wenn dies zu Einschnitten bei öffentlichen Leistungen, zum Beispiel im Bildungs- und Gesundheitswesen, führen würde.

Im Vergleich zu einigen anderen europäischen Ländern scheint in Deutschland der individuelle Nutzen häufig Vorrang vor dem Gemeinwohl zu haben: Nur jeder fünfte Deutsche (19%) wäre bereit, für öffentliche Investitionen höhere Steuern zu zahlen. In anderen europäischen Ländern wie Schweden (40%), Irland (36%), Großbritannien (35%) oder Spanien (32%) findet diese Idee deutlich mehr Zustimmung.



Methode

Die Ergebnisse stammen aus der Ipsos Global Advisor-Studie »The Ipsos Cost of Living Monitor«. Für die Online-Umfrage wurden zwischen dem 25. Oktober und dem 8. November 2024 insgesamt 22.720 Personen aus 32 Ländern über das Ipsos Online Panel System befragt. In Indien waren die Befragten über 18 Jahre alt, in Irland,

Kanada, Malaysia, den Philippinen, Südafrika, der Türkei und den USA zwischen 18 und 74 Jahren alt, in Thailand zwischen 20 und 74 Jahren, in Indonesien und Singapur zwischen 21 und 74 Jahren und in allen anderen Ländern – darunter auch Deutschland – zwischen 16 und 74 Jahren.

In Australien, Brasilien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Japan, Spanien und den USA umfasste die Stichprobe rund 1.000 Personen. In Argentinien, Belgien, Chile, Indonesien, Irland, Kolumbien, Malaysia, Mexiko, den Niederlanden, Peru, den Philippinen, Polen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Singapur, Südafrika, Südkorea, Thailand, der Türkei und Ungarn wurden jeweils rund 500 Personen befragt.

In 17 der 32 untersuchten Länder ist die Internetdurchdringung hoch genug, um die Stichproben als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung in den erfassten Altersgruppen zu betrachten: Argentinien, Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, Südkorea, Ungarn und USA. Die restlichen 15 Länder weisen eine geringere Internetdurchdringung auf. Die Stichprobe aus diesen Ländern ist städtischer, gebildeter und/oder wohlhabender als die Gesamtbevölkerung und sollte so betrachtet werden, dass sie die Ansichten der stärker "vernetzten" Bevölkerung widerspiegelt.

Die Daten werden so gewichtet, dass die Zusammensetzung der Stichprobe in jedem Markt das demografische Profil der erwachsenen Bevölkerung gemäß den jüngsten Volkszählungsdaten am besten widerspiegelt.

Der "globale Ländermittelwert" spiegelt das durchschnittliche Ergebnis für alle 32 Länder wider, in denen die Umfrage durchgeführt wurde. Er wurde nicht an die Bevölkerungsgröße der einzelnen Länder angepasst.

Wenn sich die Ergebnisse nicht zu 100 summieren, ist dies auf Rundungen durch die computer-basierte Zählung, erlaubte Mehrfachnennungen oder den Ausschluss von „weiß nicht/keine Angabe“-Antworten zurückzuführen.

Pressekontakt

Dr. Robert Grimm
Leiter Ipsos Politik- und Sozialforschung
robert.grimm@ipsos.com
+49 160 2520275

ÜBER IPSOS

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit etwa 20.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt.

In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt.

Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 13 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD). ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | [Ipsos Wahl- und Meinungsumfragen](#)

Auszug aus dem Fragebogen

„Wie gut kommen Sie derzeit Ihrer Meinung nach finanziell über die Runden? Würden Sie sagen, dass Sie...“

Einen komfortablen Lebensstandard haben
Gut über die Runden kommen
Gerade so über die Runden kommen
Es ziemlich schwer haben
Es sehr schwer haben
Weiß nicht

„Glauben Sie, dass es im Laufe des nächsten Jahres im Hinblick auf die folgenden Punkte zu einem Anstieg, Rückgang oder zu keinen besonderen Veränderungen kommen wird?“

Die Inflationsrate (Höhe des Preisanstiegs)
Die Zahl der Arbeitslosen in meinem Land
Ihr eigener Lebensstandard
Die Steuern, die Sie zahlen
Die Zinssätze
Ihr verfügbares Einkommen (was Sie ausgeben können, nachdem Sie Ihre Rechnungen für Lebenshaltungskosten bezahlt haben)

Hoher Anstieg
Leichter Anstieg
Keine besonderen Veränderungen
Leichter Rückgang
Starker Rückgang
Weiß nicht

„Denken Sie jetzt an Ihre Haushaltsausgaben in den nächsten 6 Monaten, und geben Sie bitte für jede der folgenden Arten von Ausgaben an, ob Sie erwarten, dass sie steigen, sinken oder gleich bleiben werden wie jetzt.“

Bei den Kosten für den Einkauf von Lebensmitteln
Bei den Kosten für andere Haushaltseinkäufe
Bei den Kosten für die Energieversorgung, z. B. Gas, Strom usw.
Bei den Gesamtkosten Ihrer Abonnements, z. B. Netflix, Mitgliedschaft im Fitnessstudio
Bei den Kraftstoffkosten, z. B. für Diesel usw.
Bei Ihrer Hypothek/Miete
Bei den Gesamtkosten für Ihr Sozialleben, z. B. für Kino, Cafés, Restaurants, Pubs usw.

Werden stark steigen
Werden etwas steigen
Werden gleich bleiben
Werden leicht sinken
Werden stark sinken
Keine Angabe
Weiß nicht

„Wie viel, wenn überhaupt, tragen Ihrer Meinung nach die folgenden Punkte heutzutage jeweils zu den steigenden Lebenshaltungskosten in Deutschland bei?“

Die COVID-19-Pandemie
Der Zustand der Weltwirtschaft
Die Politik meiner nationalen Regierung
Der russische Einmarsch in die Ukraine und seine Folgen
Überhöhte Unternehmensgewinne
Forderungen von Arbeitnehmern nach höheren Löhnen
Das Zinsniveau in meinem Land
Die Einwanderung in mein Land

Sehr viel
Ziemlich viel
Wenig
Überhaupt nicht
Die Lebenshaltungskosten in Deutschland steigen derzeit nicht
Weiß nicht

„Wie lange wird es Ihrer Meinung nach dauern, bis sich die Inflation in Ihrem Land wieder normalisiert?“

Ist bereits der Fall
Innerhalb der nächsten drei Monate
Innerhalb der nächsten sechs Monate
Innerhalb des nächsten Jahres
Innerhalb von mehr als zwölf Monaten
Nie

„Stellen Sie sich Folgendes vor: Ihre nationale Regierung hätte die Wahl zwischen Steuersenkungen für Privatpersonen, sie müssten also weniger Steuern bezahlen, auch wenn dies mit weniger Ausgaben für öffentliche Dienste wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen bedeuten würde, oder mehr Ausgaben für öffentliche Dienste, auch wenn dies bedeuten würde, dass Sie selbst mehr Steuern zahlen müssten. Was davon würden Sie bevorzugen?“

Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Dienste, auch wenn ich selbst dann mehr Steuern zahlen müsste.

Verringerung meiner persönlichen Steuerlast, auch wenn das weniger Ausgaben für öffentliche Dienste bedeuten würde.

Keine davon
Weiß nicht

„Betrachten Sie Ihre persönliche Situation als besser oder schlechter, verglichen mit dem Frühjahr 2020 vor der Corona-Pandemie?“

Viel besser
Ein bisschen besser
Weder besser noch schlechter
Ein bisschen schlechter
Viel schlechter
Weiß nicht